

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Elektronisches Amtsblatt für Alle

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die bestehenden Vereinbarungen mit der Kulturbuch-Verlag GmbH zur Herausgabe des Amtsblatts für Berlin in Papierform zu beenden.

Das Amtsblatt soll in Zukunft von Seiten des Landes in rein elektronischer Form bereitgestellt werden. Soweit dem keine datenschutzrechtlichen Bedenken entgegenstehen, sollen die Inhalte des Amtsblatts maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden. Darüber hinaus soll ein kostenloses elektronisches Abonnement angeboten werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Januar 2014 zu berichten.

Begründung:

Das Amtsblatt für Berlin ist das Veröffentlichungsorgan des Landes Berlin zur Bekanntmachung von Mitteilungen zur Aufklärung und Unterrichtung der Öffentlichkeit. Seit das Land über keine eigene Druckerei mehr verfügt, ist seine Herausgabe über einen Konzessionsvertrag mit der Kulturbuch-Verlag GmbH geregelt. Dieser vertreibt das Amtsblatt exklusiv sowohl in gedruckter Form als auch online und erhebt dafür entsprechende Preise.

Dass die im Amtsblatt enthaltenen Bekanntmachungen des Landes ausschließlich über ein privatwirtschaftliches, nur gegen Bezahlung zugängliches Medium vertrieben werden, ist problematisch. Es steht insbesondere im direkten Widerspruch zum Zweck des Amtsblatts,

die darin enthaltenen Informationen möglichst allen zugänglich zu machen. Dass die jeweils letzten drei Ausgaben des Amtsblatts durch die Kulturbuch-Verlag GmbH in bildkodierter Form (also weder kopier- noch durchsuchbar) online gestellt werden ist hierfür kein Ausgleich (und allein schon unter dem Aspekt des barrierefreien Zugangs nicht hinreichend).

Im Gegenzug zahlt die GmbH dem Land eine Konzessionsabgabe von 60.000 Euro im Jahr. Diese würde bei Beendigung der Konzession entfallen. Dem stehen aber immerhin entbehrliche Zahlungen an die GmbH durch Berliner Behörden als Amtsblattabonnenten in Höhe von über 30.000 Euro entgegen (siehe Antwort auf die Kleine Anfrage 17/12176). Damit verrechnet deckt die Konzessionsabgabe also nicht einmal die Redaktionsaufwendungen zur Erstellung des Amtsblatts, bei denen es sich ohnehin um eine öffentliche und auch öffentlich zu finanzierende Aufgabe handelt.

Auf die Dienstleistung der Bereitstellung einer Druckausgabe des Amtsblatts kann verzichtet werden. Eine gesetzliche Pflicht hierzu besteht nicht. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Internetveröffentlichung eine ungleich größere Öffentlichkeit mit ungleich niedrigeren Zugangshürden erreicht als ein kostenpflichtiges Abonnement eines Druckwerks, das insofern ein Anachronismus ist. Auffällig ist, dass von den etwa 2000 Abonnements des gedruckten Amtsblatts ungefähr 300 Berliner Behörden zuzurechnen sind, die über das Intranet ohnehin Zugang zum Amtsblatt haben und deren Abonnements daher entbehrlich sind (s.o.). Dass die online gestellten letzten Versionen des Amtsblatts nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, wurde im Übrigen ursprünglich nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen, sondern auf Anregung des damaligen Berliner Datenschutzbeauftragten veranlasst (siehe Jahresbericht des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit 2001, S. 91 f.). Das steht aber auch bei Aufrechterhaltung der datenschutzrechtlichen Einschätzung weder einer maschinenlesbaren Veröffentlichung der weit überwiegenden nicht schützenswerten Inhalte des Amtsblatts noch dem Angebot eines kostenlosen Abonnements des gesamten Amtsblatts entgegen.

Berlin, den 06.09.2013

Dr. Weiß, Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion